

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1871

14.11.1871 (No. 277)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 14. November.

N. 277.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 8 kr. u. 2 fl. 4 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1871.

Telegramme.

Wests, 11. Nov. „Pesti Naplo“ meldet: In dem gestern abgehaltenen Ministerrathe machte Graf Andrassy die Mittheilung, daß er das Ministerium des Aeußern übernommen habe. Die Nachfolger-Frage erörternd, sprachen sich sämtliche Minister nach eigener Ansicht wie nach der herrschenden Parteistimmung für die Ministerpräsidentenschaft Pongyay's aus. Graf Andrassy erklärte, er habe sich im gleichem Sinne gegenüber dem Kaiser geäußert und seine Ansicht die volle Billigung des Monarchen gefunden. Diese vom Ministerrathe abgegebene Erklärung wurde sofort Pongyay telegraphisch mitgetheilt. Derselbe soll heute hier eintreffen.

Rom, 11. Nov. Der französische Gesandte Graf d'Harcourt, wurde heute Vormittag vom Papste in längerer Audienz empfangen. — Das brasilianische Kaiserpaar wird demnächst hier erwartet.

Deutschland.

Strasburg, 11. Nov. Die „Straßb. Ztg.“ schreibt halbamtlich:

Nach Artikel 4 des Frankfurter Friedensvertrages hat sich Frankreich bekanntlich verpflichtet, die von den elsass-lothringischen Departements, Gemeinden und öffentlichen Anstalten bei den Tesorarien oder vielmehr bei der Caisse des dépôts et consignations hinterlegten Fonds, sowie die Rationen und verschiedenen andern Depositionen innerhalb sechs Monaten nach der Ratifikation des Vertrages zurückzugeben. Der Endpunkt dieser Frist, nämlich der 20. Nov., rückt heran, und wir müssen annehmen, daß die französische Regierung ihren Verpflichtungen, wie sie durch die Verhandlungen auf der Frankfurter Konferenz und in Berlin näher festgelegt sind, pünktlich nachkommen wird. Allerdings ist bis jetzt bei den hiesigen Behörden noch keine Zahlung dieser Art angefordert; auch glauben wir zu wissen, daß von französischer Seite verschiedene Besuche gemacht worden sind, die Tragweite jenes Artikels zu beschränken, oder Zugeständnisse hinsichtlich des Modus der Ausführung desselben zu erlangen. Der Wortlaut des Vertrages aber und die Festigkeit der deutschen Regierung bürgen dafür, daß in jedem Falle die in Frage stehenden öffentlichen und privaten Interessen vollständig gewahrt bleiben werden. Wollte Frankreich ernstlich Schwierigkeiten erheben, oder die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten zu verschleppen suchen, so würde dieses Verhalten, abgesehen von seinem Widerspruch gegen den Vertrag, sich höchst auffallend ausnehmen gegenüber den hemmleibenden Redensarten über das „unglückliche“ Elfaß, mit denen man in Paris und Versailles so freigebig ist. Denn durch Zögerung oder bösen Willen in diesem Punkte würde man nicht etwa allgemein deutsche, sondern lediglich spezifisch elsass-lothringische Interessen schädigen, die ohnehin durch die lange Vorenthaltung der deponirten Gelder schon genug gelitten haben. Diese Summen belaufen sich im Ganzen auf mehr als 40 Millionen Fr., von denen 25 Millionen auf die Sparkassen kommen. Den letzteren Instituten hat bekanntlich die deutsche Regierung einen Vorstoß von etwa 2 1/2 Millionen gewährt, aber nach Erschöpfung dieser Summe waren sie genöthigt, ihre Rückzahlungen einzustellen, bis Frankreich ihre Depositionen herausgegeben haben wird. Nicht minder groß waren die Uebelstände, welche sich aus der hiesigen Lage der Dinge für die Gemeinden ergaben. Viele derselben hatten ihrerseits kontraktliche Verbindlichkeiten zu erfüllen in Folge von Bauten, Baugeanlagen u. s. w., und sie geriethen daher in nicht geringe Verlegenheit, weil die hinterlegten Fonds, auf die sie gerechnet hatten, ihnen nicht mehr zur Verfügung standen. Die deutsche Regierung hat in manchen Fällen ausgeholfen, aber es ist einleuchtend, daß solche Behelfen aus den laufenden Einnahmen innerhalb enger Grenzen bleiben mußten und den vorhandenen Bedürfnissen keineswegs genügen konnten. Auch viele Privatpersonen erwarten sehr lebhaft die Rückzahlung ihrer in den Händen des französischen Staats, schages befindlichen Gelder.

Ferner meldet dasselbe Blatt: Die hiesige Handelskammer hat bei der Zollbehörde den Antrag gestellt, daß der für die Fabrikation von Haarnetzen bestimmten Seide die Begünstigung der zeitweisen zollfreien Einfuhr gewährt werde. Dieser Industriezweig ist im Elfaß in sehr bedeutendem Maße entwickelt und beschäftigt in Verbindung mit der Fabrikation seibener Handschuhe mehrere Tausend Personen. Ihren Hauptabsatz fand sie bisher in Frankreich, von wo sie auch ihr Material bezog. Während der Uebergangszeit wird sie ihren früheren Markt beibehalten können, aber es ist für die Fabrikanten natürlich von Wichtigkeit, daß sie auch die gefärbte Seide, welche nach dem Zollvereinstarife 30 Fr. per 100 Kil. zu entrichten hat, für ihre nach Frankreich bestimmten Waaren frei beziehen können. Die Zollbehörde hat das Gesuch der Handelskammer ohne Anstand genehmigt, mit der Bedingung, daß zur Sicherung der Identität der eingehenden Seide und des zu exportirenden Fabrikats hinterlegt werden müssen. Uebrigens haben die Fabrikanten, welche diesen Veredelungsverkehr betreiben wollen, in diesem wie überhaupt allen ähnlichen Fällen sich individuell an das nächste Hauptzollamt oder an die Centralbehörde in Straßburg zu wenden, um die betreffende Erlaubnis zu erhalten.

Aus dem Elfaß, 11. Nov. In Elfaß-Lothringen mußten zur Unterdrückung der Kinderpest provisorische Anordnungen getroffen werden, weil die bezüglichen Vorschriften der französischen Gesetzgebung sich als unzureichend erwiesen. Diese Ausnahmemassregeln sind aber den jetzigen

Zuständen nicht mehr entsprechend; dem Vernehmen nach ist es deshalb im Werke, vom 1. Jan. 1872 ab das Bundesgesetz vom 7. April 1869 über die Maßregeln gegen die Kinderpest für Elfaß-Lothringen in Kraft treten zu lassen, und zwar unter Aufhebung aller entgegenstehenden bisherigen Bestimmungen.

O Stuttgart, 10. Nov. Die Minister der Justiz und des Innern, v. Mittnacht und v. Scheurlen, welche seit einigen Wochen als Mitglieder des deutschen Bundesraths in Berlin thätig waren, sind heute Nachmittag über Frankfurt und Bruchsal per Kurierzug hier zurückgekehrt. Vorberathungen für den in wenigen Wochen zusammentretenden Landtag haben ihre Rückkehr hierher notwendig gemacht. — Inzwischen hat gestern die Finanzkommission der Zweiten Kammer ihre erste Sitzung über den Hauptfinanzetat für 1870/73 gehabt und dem Vernehmen nach die Referate an ihre Mitglieder vertheilt. Die Vorbereitungen für die Statberathungen in den Kammern selbst können daher bis zum Zusammentritt des Landtags ganz oder nahezu beendet sein, wenn die Arbeiten so beschleunigt werden, wie erwartet werden darf.

In hiesigen Bürgerhaus wurde vorgestern Abend der erste der sogenannten Bürger-Abende für diese Saison abgehalten, und derselbe durch einen Vortrag des Herrn Oberbürgermeisters v. Sieß über den städtischen Haushalt für das Etatsjahr 1871/72 in sehr interessanter Weise ausgefüllt. Der gewandte Redner ging sehr genau in die Details des Etats ein, um den Bürgern einen klaren Einblick in unsere städtischen Verhältnisse zu gestatten und ihnen nachzuweisen, daß, wenn auch die für die städtischen Bedürfnisse zu zahlenden Steuern auch im fortwährenden Zunehmen sind, die Verwaltung doch eine sehr geordnete und sparsame ist, und daß die Anforderungen an die Steuerpflichtigen durchaus nicht außer Verhältnis zu den Leistungen stehen, auch die Steuerkraft der Bürger nicht in übermäßiger Weise anstrengen. Die Einnahmen beziffern sich nach dem Voranschlag allerdings nur auf 259,037 fl., welchen Ausgaben in dem Betrage von 872,568 fl. gegenüberstehen, so daß sich ein Defizit von 613,531 fl. ergeben würde, für welches nur eine Deckung von 24,243 fl. an außerordentlichen Mitteln vorhanden ist. Es ist daher beschlossen worden, 590,000 fl. durch Steuerumlage aus der Steuer auf Grundbesitz, Gebäude und Gewerbe zu beschaffen, nachdem der Antheil der Stadt an der Steuer aus Apanagen, Renten, Kapitals, Dienst- und Berufseinkommen mit 70,000 fl. schon unter den obigen Einnahmen begriffen ist. Hievon trifft es das Grundeigentum mit 37,149 fl. (6 1/2% Proz.), die Gebäude mit 320,330 fl. (54 1/2% Proz.), und die Gewerbe mit 232,519 fl. (39 1/2% Proz.). Weitere interessante Data aus dem Stadthaushalt behalte ich mir für später vor.

Luxemburg, 10. Nov. In der heutigen Kammer-sitzung wurde die Antwortadresse auf die Thronrede einstimmig angenommen. Bezüglich der Eisenbahn-Angelegenheiten sagt die Adresse:

Die Bevölkerung ist sich der hohen Wichtigkeit unserer Eisenbahnen sowohl in politischer wie in kommerzieller Beziehung wohl bewußt. Die Kammer hat sich vorzugsweise mit der Frage zu beschäftigen, welche durch die Gründung der Aktiengesellschaft hervorgerufen ist. Die Kammer hofft, daß die Regierung ihr auf die Lösung dieser Angelegenheit hinzielende Vorschläge unterbreiten wird. Derselbe ist überzeugt, daß die Regierung darüber nachdenkt, daß alle Linien des neuen Bahnnetzes den stipulirten Bedingungen gemäß ausgeführt werden.

KK. Berlin, 11. Nov. Reichstags-Sitzung vom 11. Novbr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Richter; sie lautet:

„Ich erlaube den Hrn. Reichskanzler um Auskunft über den gegenwärtigen Stand der Vorarbeiten für den Erlass eines Gesetzes über den Betrieb des Apothekergewerbes und eines Gesetzes über die gewerblichen Hilfskassen.“

Abg. Richter: Die Vorarbeiten zu der Ausarbeitung eines Apothekergesetzes seien nach der Aussage des Hrn. Reichskanzlers in den Verhandlungen des Norddeutschen Reichstages vom Jahre 1869 schon im Gange gewesen; der Krieg sei hindernd dazwischen getreten, jetzt aber sei es gewiß schon möglich gewesen, an die Ausarbeitung eines Apothekergesetzes und eines Gesetzes über die gewerblichen Hilfskassen zu denken. Vielfache Petitionen beweisen die Dringlichkeit der Regelung beider Angelegenheiten.

Präsident des Reichskanzlers-Amts, Staatsminister Delbrück: Die Regelung eines Apothekergesetzes sei schon längst in Aussicht genommen, doch die Verschiedenheit der konkreten Verhältnisse in allen Theilen Deutschlands, die eine getragene Gesetzgebung doch berücksichtigen müsse, verursache erhebliche Schwierigkeiten. Ein Apothekergesetz, wie die Regelung der gewerblichen Hilfskassen werde unverzüglich, sobald es eben die Verhältnisse erlauben, realisiert werden.

Es folgt die erste Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Ausprägung von Reichs-Goldmünzen.

Staatsminister Delbrück: Die ersten Zollvereinsverträge hätten bereits die Münzeinheit in Aussicht genommen. Jetzt müsse der entscheidende Schritt gethan und die Grundlage gelegt werden. Die Ent-

wicklung des Münzwesens habe verschiedene Stadien durchlaufen. Die Münzkonvention von 1837 habe die Grundlage gelegt; 1838 wurde eine Konvention vereinbart, die schließlich nicht weiter gegangen ist, als daß man eine Vereinsmünze, ein Zweihalberstück, schuf. Von Goldwährung ist damals gar nicht die Rede gewesen; 1856 dachte man zuerst daran, aber die deutschen Staaten trugen Bedenken, die von Oesterreich befürwortete Goldwährung einzuführen. Als man sich zur Prägung von Goldmünzen entschloß, mußte natürlich die Münzkonvention von 1837 fallen; die Goldmünze von 1857 konnte sich aber nicht einbürgern. Die Ueberzeugung des Handelsstandes ging immer mehr dahin, ganz zur Goldwährung überzugehen. Es kam ferner die Meinung hinzu, eine allgemeine internationale Goldmünze zu schaffen. Ende 1865 vereinigten sich mehrere Länder zur sogenannten lateinischen Münzkonvention, der gleichfalls die Goldwährung zu Grunde lag. An die deutschen Staaten trat nun die Frage heran, wie man am besten den Uebergang zur Goldwährung machen könne. Die Einführung eines internationalen Münzsystems schien wünschenswert. Aber es war die Frage, ob es sich empfehle, sich der lateinischen Münzkonvention anzuschließen. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß die Schaffung einer internationalen Münze nicht möglich ist; der Anschluß an ein anderes System würde ein völliges Aufgeben des Fundamental-Grundsatzes gewesen sein, daß man nämlich für die Aufrechterhaltung einer vollständigen Zirkulationsmünze sorgen muß. Man habe sich daher entschlossen, zu einer nationalen Münze zu greifen.

Abg. Dr. Samberg: Er glaube, daß die verbündeten Regierungen ganz richtig gehandelt haben. Man müsse auf das metrische System verzichten. Ein internationales System würde nur auf Konventionen beruhen können, Konventionen aber haben nicht immer Stabilität. Das Frankensystem anzunehmen, habe eine unüberwindliche Schwierigkeit; man glaube, ein Thaler habe 3 Fr. 75 Cent., das sei aber nicht richtig, 6 Thlr. 22 Sgr. seien ein 20-Frankenstück, die Umrechnung also schwieriger, als man gewöhnlich anzunehmen pflege. Die Regierungen wollen eine Goldmünze schaffen, welche sich in ganz Deutschland einbürgern könne, und das sei von hoher Bedeutung. Die Folge der Doppelwährung wäre, daß immer dasjenige Metall im Lande umlaufen würde, welches augenblicklich den höheren Werth habe. Gold werde immer mehr zwischen den zivilisirten Nationen im Umlauf kommen, die alleinige Goldwährung, wie sie in der Vorlage beabsichtigt sei, sei das Richtige. Die unglückliche Papierwirthschaft wäre schon ein genügender Grund für Einführung der Goldwährung. Die Ersetzung des umlaufenden Silbers durch Gold sei eine schwierige Frage; wo soll das Silber alles hin? Die Regierung habe richtig die Pflicht des Einzichens der Silbermünzen auf ihre Schultern genommen. Es wäre aber zweckmäßig, wenn sie jetzt schon damit anfinge und es umschmelze. Ja es müsse die direkte Bestimmung getroffen werden, von heute ab sei die Ausprägung von Silbermünzen verboten. (Sehr richtig!) Dies würde ihm eine conditio sine qua non für Annahme des Gesetzes sein. Das Reich müsse auf sämtliche Münzstätten den Zwang ausüben, nur Goldmünzen auszuprägen. Was das Bild der einzelnen Landesherren auf den Münzen anbetrifft, so wäre es gewiß besser, wenn auf allen Münzen nur das Bild des Deutschen Kaisers stünde.

Bundeebevollmächtigter, Minister Camphausen: Mit Recht hat der Redner gesagt, daß die schwerste Sorge des preussischen Finanzministers die Tarification des Werthes von Gold und Silber gewesen ist. Zuweilen hat es während der Verhandlungen der letzten Monate einen wahrhaft unheimlichen Eindruck auf mich gemacht, daß diese schwierigste Seite der Frage, das eigentliche Problem, kaum erörtert und das Verhältnis von 1:15 1/2 als selbstverständlich festgehalten wurde. Zu meiner Freude hat sich mir, je länger diese Frage uns bewegt, die Ueberzeugung festgesetzt, daß der kühne Wurf, den wir unternommen, gelingen wird. Der Moment zu der gewaltigen Reform in Deutschland war nie so günstig und kann nie so günstig sein, als jetzt. Alle praktischen Männer erwarten mit Ungeduld den Augenblick, wo sie mit dem Prägen und auch mit dem Wiederausgeben beginnen können. Daß der preussische Finanzminister nicht die Hand dazu bieten wird, um das Prägen der Münzen aufzuhalten, vielmehr suchen wird, sie alsbald zu verewigen, darauf kann sich der Redner verlassen.

Die Gründe für die Wahrscheinlichkeit, daß die Reduzierung des Verhältnisses des Goldes zum Silber von 15 1/2:1 gelingen wird, sind kurz folgende: Als zuerst vor einigen Monaten bekannt wurde, daß es in Preußen der Münze schwierig würde, Silber zu kaufen, da trat eine große Erhöhung in dem Preise der Metalle ein. Die Preise sowohl des Goldes wie des Silbers gingen zurück. Man konnte sich fragen, was wird erst geschehen, wenn die Welt erfährt, daß es wirklich ins Auge gefaßt ist, alsbald mit größter Beschleunigung zur Ausprägung der Goldmünzen überzugehen? Seitdem das geschehen ist, hat sich der Geldmarkt beruhigt, hauptsächlich deshalb, weil wir die Hh. Engländer auf kurze Zeit in Unruhe versetzt haben. In England hat man der gewaltigen Ersehung gegenüber, daß eine französische Anleihe im Betrage von mehreren Milliarden kontrahirt wurde, mit einer Antizipation der Zahlungen zu 6 Prozent sich völlig sorglos verhalten. Der Diskonto der Bank war bis auf 3 Proz. heruntergegangen, und es schien wirklich, als sollte das Verhältnis fortbauern. Mittlerweile reiste in Deutschland die Ansicht, zur Goldwährung überzugehen, und es war daher der Moment gekommen, Beziehungen von Geld aus England eintreten zu lassen. Sobald das in irgend erheblichem Maße geschehen war, da hat sich die Sorglosigkeit des englischen Marktes alsbald verloren und sie ist nunmehr zu einer allzuweitgehenden Besorgnis umgeschlagen. Diese Operation hat dann aber auch zugleich ein richtiges Verhältnis zwischen Gold und Silber herbeigeführt und dasselbe steht in der That gegenwärtig beinahe ganz genau so, wie es der Gesetzentwurf ins Auge faßt. Dafür, daß dies Ver-

hältniß nicht allzusehr alterirt werde, spricht einmal der Umstand, daß Deutschland in diesem Augenblicke sich bereits im Besitze einer ansehnlichen Menge von Goldbarren befindet und daß ferner, abgesehen von diesem Besitze, unsere deutschen Banken nicht so sorglos in den Tag hineingelebt haben, um sich nicht zu vergegenwärtigen, daß sie später von der Silberwährung zur Goldwährung übergehen müssen, und daher schon darauf Bedacht genommen haben, sich in den Besitz von Goldbarren zu setzen, und der gefällige Ausgleichungsprozeß, den der Vorredner mit der Frage ins Auge faßt: wohin mit dem Silber? der soll nicht erst beginnen, er hat schon begonnen. Deutschland hat schon jetzt darauf Bedacht genommen, sich eines Quantums von Silber zu entledigen, und die Erkenntniß, daß dies notwendig sei, wird noch weiter vordringen, sowie ein lares Urtheil über diese Sache mehr Platz greifen wird. Das besonders günstige Verhältniß, in welchem Deutschland sich bei der Durchführung dieser Maßregel befindet wird, hat wesentlich seinen Grund in der überaus günstigen Handelsbilanz, in der Deutschland steht.

Die große Aufgabe, die in diesem Augenblicke ganz Europa zu lösen hat, ist die, die Werthe zu finden, mit denen man uns bezahlt. Nun befürchtet der Vorredner, die Operation könnte dadurch erschwert werden, daß wir in die Lage kommen müssen, die Schatzanweisungen, die wir in englischer Valuta ausgestellt, einzulösen. Wie wäre es aber, wenn wir von diesen Schatzanweisungen bereits eine große Zahl zurückkauft hätten? Ich kann dem Vorredner mittheilen, daß in diesem Augenblicke die Kasse des Norddeutschen Bundes bereits 3,600,000 Pfund Sterling von solchen Schatzanweisungen besitzt. (Beifall.) Wir haben nämlich die Ermächtigung, die der Reichstag uns zur Tilgung der Schuld gab, dazu benutzt, die Schatzscheine für einen billigen Preis zurückzukaufen, damit das Geld nicht nutzlos in den Kassen lag, sondern hübsch dazu beitrug, die Kassen des Reiches zu mildern. Und es hat auch dazu beigetragen, den vom Vorredner gefürchteten Ausgleichungsprozeß inzwischen ganz leicht vor sich gehen zu lassen, und das ist der Grund, weshalb alle Werthe in Deutschland vor und nach Gefliegen sind, und ich vermute, dieses Steigen geht noch fort. Der Vorredner sprach auch die Befürchtung aus, wir würden, wenn wir die Goldmünzen in Zirkulation setzen, an einer Ueberfülle von Metallgeld leiden; da erwidere ich, daß uns seit Jahr und Tag die Frage beschäftigt hat: werden wir durch die Kreisung von Goldmünzen nicht dem Uebermaße der Papiergeld-Scheine eine Schranke setzen, und daß wir seit Jahr und Tag uns gesagt haben, die einzige Möglichkeit, diese Schranke zu ziehen, ist einmal, daß man dem Publikum ein Geld in die Hand gibt, was eben so oder beinahe so bequem ist, wie das Papiergeld, und daß man dann die Bank in die Lage bringt, den Austausch von Banknoten in Metallgeld in jedem Augenblicke mit Leichtigkeit vollziehen zu können. Also, meine ich, können wir auch erwarten, daß die Emission eines mäßigen Betrages von Goldgeld, die successive zu erfolgen hat, nicht dazu führen wird, Metallgeld auszuwaschen, sondern dazu, daß Der, welcher bisher ein Depositum von Bankgeld angelegt hat, nun ein Depositum von Goldgeld anlegen wird. Indessen möchte ich nicht behaupten, man werde eine Einschmelzung von Silbergeld auf lange hinauschieben können; im Gegentheil bin ich von der Ansicht durchdrungen, daß alle Regierungen, wenn sie das Silbergeld nicht vortheilhafter los werden können, schon von selbst darauf Bedacht nehmen werden, mit dem Einschmelzen der Silbermünzen vorzugehen. Es muß dabei natürlich Sache jedes einzelnen Staates sein, die Münzen, die von ihm in Zirkulation gesetzt sind, auch auf seine Kosten wieder aus der Zirkulation herauszuziehen. Ich füge ferner hinzu, daß schon gegenwärtig im Bundesrathe darüber keine Meinungsverschiedenheit besteht, daß das Ausprägen von Silbermünzen zu sistiren sei, und dies ist protokollarisch als bestimmter Beschluß der Regierungen bereits festgestellt. Ein Verbotsgesetz in dieser Sache hat man nicht für nothwendig gehalten; denn man pflegt nicht Das zu verbieten, was Jemand nur zu seinem Schaden unternehmen könnte, und dann hat man auch nicht unbedingt alle partikularen Bedürfnisse auszusprechen wollen. So würden wir beispielsweise in Preußen, wenn das Verbot erließ, keinen silbernen Siegelhalter prägen können. Wir wünschen das aber thun zu dürfen. Die Sache ist für die Hauptfrage von gar keiner Bedeutung.

Was die Frage betrifft, ob nicht die Annahme des Gulden-Systems dem der Mark vorzuziehen sei, so bin ich im Gegensatz zum Vorredner der lebhaften Ueberzeugung, daß das Marksystem bei weitem den Vorzug verdient. Einmal scheint es mir denn doch, so sehr wir die Rücksicht auf Süddeutschland vorwalten lassen wollen, ein bedenktliches Geschenk zu sein, wenn wir den Süddeutschen eine schlechtere Einrichtung geben wollten, als sie auf dem anderen Wege bekommen würden. Ich nenne es aber eine schlechtere Einrichtung, wenn das Land zwar den Namen Gulden beibehält, aber in der Sache Gulden nicht hat, (sehr richtig), wenn es nicht nur die Mäße zu übernehmen hat, ein neues Geldsystem sich einzuprägen, sondern einen alten Namen dazu gebrauchen, wo ein neuer Begriff damit zu verbinden ist. Da ist es unendlich viel besser, sich an dasjenige Institut anzuschließen, was in der großen Mehrheit der deutschen Nation heute seinen festen Boden hat, an das System der Mark, Groschen und Pfennige, und vergegenwärtigen Sie sich dabei, daß Süddeutschland bei dieser Wahl Alles, was ihm der Gulden bringen kann, vollständig wieder erhält, denn zwei Mark sind gleich einem Gulden; die ganze Ueberschneidung ist eben so bei der Mark wie bei dem Gulden, nur daß sie mit zwei Multiplikirt werden müssen. Wir bekommen beim Marksystem als kleinste Münze den Pfennig, und daß diese nicht zu klein ist, das muß Ihnen wohl der Antrag beweisen, den der Gesammtversammler enthält, daß man in Bayern diese kleinste Münze noch zu halbiren wünscht. Dem aber ein Pfennig zu klein ist und wer lieber zwei Pfennige ausgeben will, den hindert ja das Gesetz durchaus nicht. Der Vorredner hat den Frank in der Beziehung zu Süddeutschland viel zu sehr gehont und hat zu wenig accentuirt, was mit der Verpflanzung einer Ueberschneidung in allen unsern alten Schuldverpflichtungen für Schwierigkeiten statfinden würden. Er hat mit vollem Rechte darauf hingewiesen, daß ja der Frank nicht etwa gleich 8 Silbergroschen ist; aber mit dem gleichen Rechte hätte er auch darauf hinweisen können, daß der Frank nicht gleich 88 Kreuzern ist, sondern gleich 88 2/3 Kreuzern. Nun denken Sie sich einen praktischen Fall. In dem größten Theil von Deutschland überwiegen jetzt die 4 1/2 Proz. Staatsguldens, deren Zinsen halbjährlich bezahlt werden; es bestehen Coupons, die allein lauten auf 2 Thlr. 7 1/2 Sgr. pro 100. Wenn wir nun als Basis unseres Geldes den Pfennig annehmen, so müssen wir, da der Frank nicht gleich 8 Sgr., sondern gleich 8 1/10 Sgr. ist, überall, um den Betrag in der neuen Geldmünze herauszubekommen, 1 1/4 Prozent mehr annehmen. Nun vergegenwärtigen Sie sich, was es heißt, bei einem jeden Coupon diese Differenz in Rechnung zu

ziehen. Man müßte es ja aber thun, wollte man nicht entweder dem Gläubiger oder dem Schuldner ein schreiendes Unrecht thun. Dies ist ein Punkt, der, glaube ich, überall in Süddeutschland, wo man dem Ausfluß an das Frankensystem das Wort redet, gar keine Rücksicht gefunden hat. Wollte man die Schulkinder jedesmal 8 Tage lang diese Ueberschneidung anführen lassen, so würden wir gewiß eine sehr lebhafter Anhänger für den hier vorgelegten Vorschlag erhalten. Ich glaube, meine Herren, daß wir Ihnen den Gesammtversammler in jeder Hinsicht empfehlen können, und daß Sie wohl daran thun, die verbündeten Regierungen in die Lage zu setzen, sobald als irgend möglich das Gesetz praktisch zur Ausführung zu bringen. (Beifall.)

Hg. Dr. Gerstner erklärt sich gegen die Vorlage; der Kaiserfuß würde sich im gewöhnlichen Leben doch forterhalten und die Mark sich nicht einbüßern können. Die Decimaltheilung mit zwei Abkürzungen sei ein veralteter Standpunkt; den Groschen müsse man vor Allem beseitigen. Die Süddeutschen würden gern das größte Opfer bringen, wenn das Ideal der Münzeinheit erreicht werden könnte, das jedoch aber durch die Vorlage nicht.

Hg. Dr. Zellkamys ist wegen der großen Unruhe im Hause ganz unverständlich, — scheidet aber im Allgemeinen für die Vorlage zu stimmen.

Hg. Graf Rünker ist mit den Grundzügen des Gesetzes einverstanden; doch ein Artikel desselben würde ihn hindern, dem Gesammtversammler zuzustimmen, wenn man ihn nicht abändere, das wäre die Bestimmung, daß die Münzen das Bildniß der Landesherren tragen sollen. Ein solcher Vorschlag wäre noch im Norddeutschen Bunde verständlich gewesen, im Deutschen Reiche, an dessen Spitze ein Kaiser stehe, nicht. Eine Reichsmünze sei eine Denkmünze unserer großen Geschichte, darauf müsse das Bild des Gründers des Reiches stehen.

Bundesbevollmächtigter Staatsminister v. Freytag: Die Münzhoheit sei ein unbestrittener Gut der Souveränität. Die Fürsten haben einen Theil der Souveränität abgetreten, um dem Reiche seinen Bestand und die Erfüllung seiner Zwecke zu sichern. Die Münzhoheit würde aber die Fürsten nicht öffnen. Es würde eine Veränderung der Verfassung involviren, wenn man darauf bestehen wollte, die Münzhoheit nur dem Kaiser zu überlassen. Mit der Frage der Münzhoheit hänge die Frage der Ausfertigung zusammen. Der Charakter als Reichsmünze sei hinreichend gewahrt.

Hg. Willmanns: Die glückliche Durchführung der Münzreform sei vor Allem zu erstreben; es müsse während der Uebergangszeit eine allgemeine Währungsruhe festgehalten werden. Den Gulden hält Redner für vortheilhafter als die Mark. Trotzdem werde er der Vorlage zustimmen.

Hg. Dr. Mohl: Die Goldmünze, die geschaffen werden soll, sei dem äußeren wie dem inneren Werthe nach dem Bedürfnisse entsprechend; gleichwohl werde man in Süddeutschland viel Unbequemlichkeiten haben mit der Ueberschneidung. Es wäre jedenfalls besser, wenn das Frankensystem angenommen werden würde, durch Deutschland werde es dann leicht in ganz Europa Eingang finden. (Schluß der Sitzung.)

Berlin, 11. Nov. (A. Z.) Die liberale Reichspartei beabsichtigt einen Antrag, welcher den Mißbrauch der Kanzel zu Angriffen auf Staatsverrichtungen bei Strafanzeige unterjagt. Die Wahl des geistl. Rathes Müller wurde von der Wahlabtheilung wegen kirchlicher Wahlumtriebe kassirt.

Oesterreichische Monarchie.

** Wien, 11. Nov. Der Kaiser machte heute dem Grafen Beust einen halbstündigen Besuch. — Die Universität entsandte eine Abgesandten-Deputation an den Grafen. — Der Großfürst Michael von Rußland lehnte jeden offiziellen Empfang sowohl an der Grenze, als auch während seines Aufenthalts im Kaiserstaate ab.

† Wien, 10. Nov. Dem Bernehmen nach hat Graf Andrassy es als Pflicht erachtet, den Gesandten des Deutschen Reiches bereits verständigen zu lassen, daß er von Grafen Beust nach außen hin vertretenen Politik in allen Stücken treu bleiben werde, und in diesem Sinne seine Ernennung erhalten und angenommen habe.

Wien, 11. Nov. (N. Fr. Pr.) In den 3 Ministerkrisen ist auch heute eine Entscheidung noch nicht getroffen:

1) Gemeinames Ministerium. Graf Andrassy kehrt am Montag nach Wien zurück, um sodann sogleich sein Amt als Minister des Aeußern anzutreten. Graf Beust, dem heute Sr. Maj. der Kaiser einen halbstündigen Besuch abgestattet hat, verläßt in wenigen Tagen Wien, zunächst um einen Ausflug nach Sachsen zu unternehmen. Auf seinen Botschafterposten nach London dürfte er sich erst im künftigen Monat begeben. Ueber die Vergebung des Postens eines Reichsfinanzministers ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

2) Oesterreichisches Ministerium. Die Verhandlungen mit Kellersperg sind noch nicht geschlossen. Im Gegensatz zu pessimistischen Meldungen berichtet man uns, daß die Kombination gescheitert sei und daß einer der nächsten Tage die Entscheidung bringen werde.

3) Ungarisches Ministerium. Graf Lonyay's Präsidentenschaft scheint uns trotz aller ungarischen Nachrichten über Deal's Opposition eine beschlossene Sache zu sein. Graf Lonyay, erst gestern von Ungarn eingetroffen, hat sich heute Morgens wieder nach Pest begeben.

** Wien, 11. Nov. Die Gemeinderäthe der Städte Graz und Laibach haben dem Grafen Beust das Ehrenbürgerrecht verliehen. — Beim Empfange des Vorstandes des Journalistenvereins „Concordia“, welcher sich vom Grafen Beust verabschiedete, äußerte derselbe, die erfreuliche Thatsache, daß sein Nachfolger die bisher von ihm selbst befolgte Politik einzuschlagen gesonnen sei, ermöglichte es ihm, auch fernerhin im Staatsdienste zu verbleiben. — Wie das „Lageblatt“ erzählt, soll der bisherige Direktor der kaiserlichen Kabinetkanzlei, Staatsrath v. Braun, für den Botschafterposten in Konstantinopel bestimmt sein.

Schweiz.

** Bern, 11. Nov. Der Nationalrath hat die Anträge der Kommission, die Centralisation des schweizerischen Militärwesens betreffend, mit großer Majorität angenommen.

Italien.

** Rom, 10. Nov. Der Kronprinz Humbert trifft am 14. d. hier ein. — General Medici wird sich demnächst auf seinen Posten nach Palermo begeben.

Frankreich.

Paris, 10. Nov. (Köln. Ztg.) Die Projekte für die neuen Befestigungen, welche um Belfort und Veslesançon errichtet werden sollen, sind vollständig ausgearbeitet. Belfort soll der stärkste Waffenplatz von Frankreich werden. Es ist dafür das System beschränkter Forts, verbunden durch vorgeschobene Werke und Verbindungslinien, angenommen worden. Die ganze Grenzstrecke im Osten von Pontarlier bis zum Ballon d'Alsace soll nach einem zusammenhängenden Plane geschlossen werden, welcher sehr scharfsinnig erdacht ist. Die Befestigungen von Besançon, die noch von Vauban herstammen, genügen nicht mehr den Bedingungen der modernen Strategie und werden deshalb ganz umgebaut werden. Die Turpässe sollen ebenfalls besetzt werden. Bis indessen alle diese schönen Projekte zur Ausführung gelangen und zur Wirklichkeit werden, geht man vorläufig mit der Auflösung der Nationalgarde des Doubs vor. Schon hat zu Besançon die Linientruppe die zuvor von der Nationalgarde besetzten Posten übernommen. — General Faidherbe, wieder zur Aktivität berufen, hat seine Entlassung als Munizipalrath von Lille genommen. — Die Artilleriedirektoren beschäftigen sich gegenwärtig mit der Untersuchung der Waffen fremden Ursprungs, die sich in den Depots befinden. Sie untersuchen dieselben nach dem Urstoffe, der Solidität der Theile und den Details der Fabrikation. Das Ergebnis dieser Untersuchung wird bei dem Generaldirektor des Materials im Kriegsministerium, dem General Suzaine, zusammenlaufen. Es handelt sich nicht darum, eine bessere Waffe als das Chassepotgewehr zu finden, sondern der mit der Untersuchung über die Anschaffung von Waffen im Auslande beauftragten Kommission genaue Auskunft zu geben zur Beurtheilung der während des Krieges abgeschlossenen Waffenkäufe. — Es ist noch die Rede von neuen Aenderungen an der Uniform der Infanterieoffiziere. Die Knöpfe der Soldaten werden fernerhin nicht mehr die Nummer des Regiments tragen; bei den Offiziersuniformen sollte dasselbe eingeführt werden, aber die Herren finden diese Knöpfe zu schmucklos. Um ihrer Stelle die Genüge zu leisten, hat General de Cussy beschlossen, daß die Knöpfe der Offiziere mit einer Granate geziert werden sollen. Außerdem werden die Offiziere nicht mehr, wie früher, die Nummer ihres Regiments am Kragen tragen, wie die Soldaten, sondern an deren Stelle eine Granate in Goldsilber auf dunkelblauem Tuche. Man sieht: die Freude an der Parade ist in der französischen Armee noch nicht in Verfall.

** Paris, 11. Nov. Das „Journ. officiel“ veröffentlicht Dekrete, welche die Beschlüsse der Arrondissementsräthe von Saintes, Niaccio und Santerre annulliren, ferner den Wortlaut der französisch-deutschen Konvention vom 12. Okt. — In der gestern stattgefundenen Sitzung des Kriegsgerichts wurde die Entscheidung des Präsidenten der Republik verlesen, welcher das Urtheil gegen den Intendanten Boissy in zehnjährige Einschließung verurtheilt. — Die „Agence Havas“ erklärt die Mittheilung von einer Verdoppelung des Kapitals der französischen Bank für unrichtig. — Die Entwaffnung der Nationalgarde in Toulouse ist beendet.

** Paris, 11. Nov. Die heute stattgehabte Generalversammlung des Credit Mobilier hat die Auflösung der gegenwärtigen Gesellschaft und die Errichtung einer neuen mit einem Kapital von 80 Millionen beschlossen, an welchem sich der Credit Mobilier mit 48 Millionen theilhaftigen würde. Die Aktionäre sollen 2 neue gegen 5 alte Aktien erhalten. — „Messager de Paris“ theilt mit, daß der Verwaltungsrath der Bank von Frankreich heute eine Sitzung abgehalten hat. Das genannte Blatt will wissen, daß die Bank die Geschäfte bis zum 4. Decbr. werde fortführen können, ohne den Banknoten-Umlauf oder den Diskont zu erhöhen.

** Versailles, 11. Nov. Die „Agence Havas“ demontirt die Gerüchte, betreffend angeblich Wahlgesetz-Reformprojekte der Regierung, sowie andere, die Verfassungsfragen betreffende Vorschläge, welche die Regierung verbreite. Von derselben Quelle werden die Gerüchte über den Rücktritt des Kriegsministers Cussy und des Ministers Jules Simon für grundlos erklärt. — Ungefähr die Hälfte der Generalräthe hat ihre Sitzungen geschlossen. Die Zusammenkunft der von denselben niedergelegten permanenten Kommissionen wird im Allgemeinen für befriedigend erklärt. Nur von sehr wenigen der Generalräthe wurden illegale Wünsche ausgesprochen.

Spanien.

** Madrid, 10. Nov. Cortes-Sitzung. Der Antrag, der Regierung ein Vertrauensvotum wegen ihrer der internationale gegenüber beobachteten Haltung zu ertheilen, wird mit 191 gegen 83 Stimmen angenommen. Die Radikalen enthielten sich der Abstimmung.

Großbritannien.

** Dublin, 10. Nov. Das Geschwornengericht hat den der Ermordung des Polizei-Inspektors Talbot angeklagten O'Kelly freigesprochen. Hier sowie in Cork fanden unbedeutende Volksdemonstrationen zu Gunsten O'Kelly's statt; zu einer Ruhestörung ist es jedoch nicht gekommen.

Badische Chronik.

* Berlin, 10. Nov. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ein 530 Namen umfassendes (erstes) Verzeichniß von Frauen und Jungfrauen, welche auf Vorschlag Ihrer Maj. der Kaiserin von Sr. Maj. dem Kaiser mit dem Verdienstkreuz für Kranken- und Verwundetenpflege ausgezeichnet worden sind. Darunter befinden sich folgende Damen aus dem Großherzogthum Baden: Frau Oberstleut-

nant Ida Frisch, geb. Wors, Frln. Maria v. Froben, Frau Professor Bergmann, geb. v. Porbeck (zu Dorpat), Frln. Ottilie Brömmel zu Karlsruhe; Frau Kaufmann L. Beck, geb. Köhling, Frau Anna Klenbach, Frln. Maria Flad zu Mannheim; Frau Geh. Rath und Professor Dr. Bluntschli, Frau Hofrath Dr. Friedreich, verm. Frau Hofrath und Professor Feuerbach, Frln. Bauer, Frln. Emilie Frommel zu Heidelberg; Frln. Katharina Bopp aus Waldangelloch; Frau Klementine Basser mann zu Schwetzingen; Frau Bijouterie-Fabrikant Luise Dennig, geb. Strohmeyer, zu Forzheim; Frln. Anna Frank zu Rastatt, verm. Frau Marie Benary, geb. Kann, zu Baden; Frau Geh. Rath Fromberg, Frau Hofrath und Professor Geier, Frau Ober-Stabsarzt Beck, geb. v. Bodmann, zu Freiburg.

✓ Karlsruhe, 12. Nov. Der Ostervech nach Belfort — loco und transit — ist mit Ausnahme der Zufuhr für die deutschen Truppen bis auf weiteres vollständig eingestellt.

○ Karlsruhe, 13. Nov. An Stelle des nach Freiburg versetzten Polizeikommissärs Geres ist Polizeikommissär Heckmann hierher versetzt worden.

□ Karlsruhe, 13. Nov. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, wird der Abbruch des Sittlinger Theaters in den letzten Tagen dieses Monats beginnen. Die Mittstücke werden in das sächsische Gebäude des Friedrichstheaters verlegt werden und für die Orchesterstelle wird einweilen ein höheres Hauschen hergestellt werden.

✓ Forzheim, 10. Nov. In Folge der von den hiesigen Fabrikarbeitern an ihre Prinzipale gerichteten Eingabe in Betreff einer Lohnerhöhung von 33 1/2 Prozent für sog. Weils oder außer-gewöhnliche Arbeit hat eine Versammlung der hiesigen Bijouteriefabrikanten stattgefunden, welche sehr zahlreich besucht war. Hierbei wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, daß in Anbetracht der von den Arbeitern hervorgehobenen gesundheitsgefährlichen und sonst nachtheiligen Wirkungen der „Weilarbeit“ es dem freien Willen der Arbeiter anheimzugeben sei, unter den bisherigen Bedingungen außer der Zeit zu arbeiten oder nicht. Gleichzeitig wurde die Bildung eines „Fabrikantenvereins“ beschlossen, dessen Zweck in erster Linie die Wahrung und Förderung der Interessen der Forzheimer Goldwaaren-Industrie nach allen Richtungen sein soll und welcher alle Fragen zu betrahten und zu bereinigen hätte, welche die Verhältnisse der Fabrikanten zu den Arbeitern betreffen. Eine Kommission von fünf Fabrikanten wurde mit dem Entwurf der Statuten beauftragt.

Heidelberg, 10. Nov. Dr. Rippold, außerord. Professor der Kirchengeschichte an hiesiger Universität, hat einen höchst ehrenvollen Ruf als außerord. Professor der Kirchengeschichte an die Universität Bern (an Stelle des Prof. Schöpf) erhalten und angenommen. Er wird noch im Laufe des Winters dahin abgehen.

Mannheim, 12. Nov. (Mmh. J.) Bei der gestrigen Wahl des Ortsparlaments haben sich von über 5000 Wahlberechtigten nur ca. 600 betheiligt; von diesen erhielten die von dem Wahlkomitee des Grünen Hauses vorgeschlagenen zwischen 359 (Bollinger) und 408 (Sänter) Stimmen und sind somit die H. W. Sänter, A. Hug, S. Reiser und A. Bollinger gewählt. Demokratischer Seite waren von einer Anzahl solcher Parteimitglieder, welche in letzter Zeit nicht mehr mit allen Schritten des Grünen Hauses einig gehen konnten, und die an dem Namen eines der vorgeschlagenen Anstöß nahmen, vier zu dem Posten eines Ortsparlamentarischen bestanden qualifizierte Männer vorgeschlagen worden, welche aber, ebenso wie die Kandidaten der National-Liberalen, in der Minderheit blieben.

Offenburg, 10. Nov. (Mmh. Anz.) Am 6. wurde hier die landwirthsch. Winterschule mit etwa 8 Schülern eröffnet. Eine größere Anzahl bereits angemelter Schüler sind durch Herbstgeschäfte und Befreiung der Winterzeit verhindert, sofort eingetreten, so daß im Ganzen die Schülerzahl wohl 20 übersteigen wird. Im vorigen Schuljahre, resp. Winterkurse besuchten 14 junge Landknechte diese Anstalt.

Freiburg, 10. Nov. (Freib. Stg.) In Freiburg tagte heute eine Kommission, bestehend aus den Präfecten von Ober- und Niederelsaß, Geh. Referendär Muth und Oberbaurath Serauer von Karlsruhe, welche sich mit der Verbesserung und Vermehrung der Rhein-übergänge längs der badisch-elsässer Grenze beschäftigt hat. Dem Vernehmen nach hat diese Kommission sich verständigigt, bei ihren betr. Regierungen die Anlage von Rheinbrücken an nachgenannten Orten in Vorschlag zu bringen: Neuenburg-Schalamppe, Salsbach-Marktsheim, Weisweil-Schönau, Rappelsheim, Ottenheim-Gersheim, Freisbühl-Gamsheim, Grefrath-Drutenheim und Wiltterdorf-Sels. Außerdem sind noch andere zur Erleichterung des Verkehrs dienende Vorschläge gemacht worden.

Zu dem Berichte über die Feier des 50jährigen Doktor-Jubiläums des Hrn. Hofrath Friz ist nachzutragen, daß auch die Breslauer Juristenfakultät dem Jubilär eine Adresse gewidmet und daß aus Heidelberg eine Anzahl früherer Hörer ihrem verehrten Lehrer ein Glückwunschschreiben übersendet haben.

Freiburg, 11. Nov. Die Angelegenheit des dahier zu Ehren des XIV. Armeekorps zu errichtenden Siegesdenkmals nimmt fortwährend einen erfreulichen Fortgang. Nachdem wir vor wenigen Tagen mittheilten in der Lage waren, daß Se. Maj. der Deutsche Kaiser das allerhöchste Interesse für die Unternehmung durch das sowohl materiell werthvolle als bedeutungsvolle Geschenk von feindlichen Geschützröhren kund zu thun geruht. Können wir heute von dem erheblichen Beitrag einer unserer Schwefelstädte berichten. Die Stadt Forzheim, die zu allen Zeiten, wenn es galt, vaterländische Gesinnung durch die That zu bewähren, in vorderster Reihe stand, hat auch in dieser Sache ihren alten Ruhm bewährt, indem sie zu dem bezeichneten Zwecke die bedeutende Summe von 4382 fl. 41 kr. (von 1000 fl. aus der Gemeindefasse, das Uebrige aus freiwilligen Beiträgen) anher übersendet hat. Wir hoffen, daß dieses Beispiel ermunternd auf andere, mit ihren Gaben noch im Rückstand befindliche badische Städte wirken und der hier und dort, wie es scheint, zur Geltung gekommenen Anschauung entgegen wirken werde, als sei das Denkmal nicht eine allgemeine badische, sondern nur eine speziell Freiburgerische Angelegenheit.

Freiburg, 11. Nov. Dem „Oberh. Kur.“ zufolge wurden dem Wirth Roth in Emmendingen 600 fl. gestohlen. Der Dieb,

ein Mann aus Stru, hat sich kurz nach seiner Verhaftung in dem Thurne zu Waldkirch erhängt.

— Sonntag 12. d. wird der Landtags-Abgeordnete Dr. Geier eine Versammlung in Engen abhalten, um die Wünsche der Bevölkerung entgegenzunehmen. Am verfloffenen Sonntag fand eine solche Versammlung in Hilzingen statt, welche sehr stark besucht war. Es wurden auch mehrere Uebelstände und Mängel zur geigneten Abhilfe empfohlen, wie z. B. die Verbesserung der Volksschullehrer, Errichtung von erweiterten Volksschulen, über das Veterinärwesen, insbesondere die Unterstüßung für zu sterbende rothkranke Pferde, über Errichtung von Eisenbahnen und Straßen. (Konst. B.)

Konstanz, 11. Nov. (Konst. B.) Gestern Abend nach 9 Uhr wurde in der Wohnung des Herrn Bürgermeisters Stromeyer durch ein angetrunkenes Individuum Namens Bränner eine Fensterscheibe eingeworfen. Der Thäter, welcher sich fast 1/2 Stunden vorher vor dem Hause aufgehalten hatte und vom Fenster aus beobachtet worden war, wurde alsbald von den Polizeiorganen aufgefunden und in Verwahrung gesetzt. Ueber das Motiv der That ist nichts bekannt.

Vermischte Nachrichten.

H München, 11. Nov. Für die altkatholische Kirchengemeinde St. Lorenz zu Rempten haben sich 400 Mitglieder, darunter über 300 Familienväter, eingetragen; Aufzählungen weiteren Beitritts sind gegeben. Es soll nunmehr an den König ein Gesuch um Anstellung eines Pfarrers, Einweisung desselben in den B. S. B., eventuell Mitbesitz der Kirche St. Lorenz, in die Vorstandschaft der Kirchenverwaltung, Uebergabe der Civilstandsregister etc. gerichtet werden.

✓ Berlin, 11. Nov. Die Termine für die Anmeldungen der rumänischen Eisenbahn-Obligations bei Gleichüber und der Diebstahlgeldgesellschaft sind bis zum 15. Novemb. verlängert. Es haben gestern und heute zahlreiche Anmeldungen stattgefunden.

✓ Breslau, 11. Nov. Ein Urtheil der „Breslau. Abg.“ aus Butten zufolge ist das Urtheil in dem Königsbitter Prozesse heute Nachmittag verurtheilt worden. Auf Zuchthausstrafe wurde erkannt gegen einen Angeklagten 1 Jahr 8 Monate, gegen einen 1 Jahr 6 Monate, gegen sieben 1 Jahr 4 Monate, gegen drei 1 Jahr 3 Monate, gegen einen 1 Jahr 1 Monat. Zu einjähriger Gefängnißstrafe wurde einer verurtheilt; 60 erhielten Gefängniß unter einem Jahr; 22 wurden freigesprochen.

✓ Königsberg, 11. Nov. In Röhne wurden die Tonnen ausgenommen und an ihrer Stelle die Wintermarken ausgelegt. — Der „Haller Dampfer „Rhön“ ist derart gegen die Eisenbahn-Brücke über den Brühl angefahren, daß der Verkehr über die Brücke für einige Zeit vollkommen gestört sein dürfte. Der verursachte Schaden ist bedeutend.

✓ Brüssel, 11. Nov. Das „Echo du Parlement“ theilt mit, daß Anschlagsgeld in den Straßen hier zu wöchentlichen katholischen Konventionen auffordern und daß diese Anschlagsgeld bei dem Drucker der „Internationale“ gedruckt sind.

Nachricht.

✓ Berlin, 12. Nov. Unter dem Vorsitze des Fürsten v. Bismarck war gestern Abend das Staatsministerium zu einer Berathung vereinigt. Dem Vernehmen nach ist in dieser Sitzung u. A. die Frage wegen des Termins für die Eröffnung des Landtags in Erwägung gezogen worden. Es gewinnt an Wahrscheinlichkeit, daß der Landtag am 27. d. M. zusammen treten werde. In hiesigen politischen Kreisen befestigt sich die Meinung, bis dahin werde der deutsche Reichstag seine Verhandlungen zum Abschluß bringen.

✓ Berlin, 13. Nov. Reichstag. Fortsetzung der 1. Berathung des Reichs-Münzgesetzes. Auf einige Bemerkungen Braun's und Sombar's, betreffend Abänderung des § 5 (daß die Reichsmünze das Bildniß des Landesherren trage) vertheidigt der sächsische Bundesbevollmächtigte Schmalz diese Gesetzesbestimmung. Eine Aenderung des Paragraphen würde ernsthafte Schwierigkeiten bereiten. — Die 2. Berathung wird im Plenum stattfinden.

✓ Paris, 12. Nov. Die Direktoren der Bank von Frankreich traten heute Vormittags bei dem Präsidenten der Republik zu einer Berathung zusammen. Der Umlauf der Banknoten bezieht sich, wie man versichert, gegenwärtig auf 2335 Millionen. — Die „France“ meldet unter allem Vorbehalt, der Paps habe in Versailles eröffnen lassen, daß er nach Frankreich überzusiedeln und daselbst seinen Wohnsitz zu nehmen gedenke. Hiersbei haben den Paps von diesem Vorhaben abzubringen gesucht, demselben jedoch für den Fall, daß er darauf beharren sollte, das Schloß von Pau zur Verfügung gestellt.

✓ Paris, 12. Nov. „Journ. officiel“ zufolge hat die Bank von Disconi für Vorschüsse auf Gold- und Silberbarren von 1 auf 3 Prozent erhöht.

✓ Paris, 13. Nov. Das „Journ. officiel“ veröffentlicht die Ernennung Keratry's zum Präfecten von Marseille und Ferry's zum Präfecten von Toulouse. — Dasselbe Blatt demittirt die Nachricht: Larcey habe den Gesundheitszustand der Truppen weniger günstig, als er in vorhergehenden Jahren gewesen, dargestellt.

✓ Paris, 13. Nov. Der „Korresp. Havas“ zufolge ist das Gerücht, der Paps wüßte Rom zu verlassen, ungenau. — Die Unterhandlungen wegen Modifikationen des Handelsvertrags mit England dauern fort. — Die Diplomaten-Ernennungen sind noch nicht entschieden. Gegen 65 Generalräthe haben ihre Session geschlossen.

✓ Karlsruhe, 13. Nov. Das gestrige Ulmann'sche Konzert in der Eintracht war sehr zahlreich besucht und hat den reichlichen Beifall gefunden. Der Abend bot in der That Gelegenheit, eine ganze Reihe von Virtuosen hohen Ranges und zum nicht geringen Theil von europäischem Ruf kennen zu lernen, und hatten sie auch nicht Zeit zur breiten Entwicklung ihrer Kunst, so legten sie doch Proben davon ab, die sichtlich ein großes und wenn nicht immer objektives, so doch subjektives und Formal-Interesse boten. Einzelne

Proben hätten indessen nach unserer Meinung etwas glücklicher, d. h. für dieses Publikum ausgiebiger gewählt werden können. Verhältnismäßig am schwächsten war der Beifall, den Dr. Nicotini erlangte; durch alle Kunst war hier der nachgerade doch allzu fühlbar gewordene Mangel der Naturmittel nicht zu verbergen. Alle andern Mitwirkenden eroberten das Publikum im Flug. Es waren die Damen Marie Donabelli und S. Hamard's (Gesang), Anna Mehlig (Klavier), Karl Hill (Gesang), das Florentiner Quartett, die G. E. Sivori (Violine) und F. Gräzmaacher (Cello).

Bekanntmachung.

Durch Rundschreiben vom 27. Okt. mit Nachtrag vom heutigen haben wir den Landesauschuß des badischen Invalidenvereins, welcher statutengemäß aus Abgeordneten der Bezirksvereine des Landes besteht, eingeladen, sich Sonntag den 3. Dezember d. J. Vormittags 10 Uhr, im großen Rathhaussaal zu Karlsruhe zu versammeln. Als Gegenstände der Berathung und Beschlußfassung sind in Aussicht genommen: 1) endgültige Feststellung der Statuten unter Aufsicht an die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden; 2) Wahl der Mitglieder des Verwaltungsraths und 3) Genehmigung des zunächst einzuhaltenden Wirtschaftsplanes. Indem wir dies zur öffentlichen Kenntniß bringen, verbinden wir damit unter Bezugnahme auf den durch die groß. Bezirksämter vertheilten Aufruf Sr. Kaiserl. Hoheit des Deutschen Kronprinzen die dringende Bitte, daß sich auch in den Landesbezirken, in welchen dies bis jetzt noch nicht geschehen ist, Bezirksvereine bilden und die bevorstehende Versammlung des Landesauschusses durch Abgeordnete beisehen mögen.

Karlsruhe, den 5. November 1871. Der provisorische Verwaltungsrath.

Frankfurter Kurszettel vom 13. November.

Staatspapiere.	
Deutschland 5 1/2% Bundesoblig. 100 1/2	Oesterreich 4% Papierrente 49 1/2
5% Schatzscheine 100 1/2	„ 4 1/2% „ 49 1/2
Preußen 4 1/2% Obligationen 100 1/2	„ 4% „ 48 1/2
Baden 5% „ 100 1/2	„ 4% „ 48 1/2
4 1/2% „ 99 1/2	„ 4% „ 48 1/2
4 1/2% „ 98 1/2	„ 4% „ 48 1/2
3 1/2% „ 98 1/2	„ 4% „ 48 1/2
Bayern 5% „ 100 1/2	„ 4% „ 48 1/2
4 1/2% „ 99 1/2	„ 4% „ 48 1/2
4% „ 98 1/2	„ 4% „ 48 1/2
Württemberg 5% „ 102 1/2	„ 4% „ 48 1/2
4 1/2% „ 99 1/2	„ 4% „ 48 1/2
4% „ 98 1/2	„ 4% „ 48 1/2
Raffau 4 1/2% „ 98 1/2	„ 4% „ 48 1/2
4% „ 97 1/2	„ 4% „ 48 1/2
Sachsen 5% „ 103 1/2	„ 4% „ 48 1/2
4% „ 98 1/2	„ 4% „ 48 1/2
Gr. Hessen 5% „ 103 1/2	„ 4% „ 48 1/2
4% „ 98 1/2	„ 4% „ 48 1/2
Oesterreich 5% „ 107 1/2	„ 4% „ 48 1/2
„ 4 1/2% „ 57 1/2	„ 4% „ 48 1/2

Aktien und Prioritäten.	
Badische Bank 129 1/2	5% „ 101 1/2
Frankf. Bank 158 1/2	5% „ 79 1/2
Bankverein 100 1/2	4% „ 81 1/2
Einz. 124 1/2	5% „ 79 1/2
Bereinstaffe m. fl. 100 12 1/2	5% „ 87 1/2
Darmstädter Bank 437 1/2	5% „ 87 1/2
Deft. Nationalbank 799 1/2	5% „ 86 1/2
Deft. Credit-Aktien 303 1/2	5% „ 78 1/2
Stuttgarter Bank-Aktien 114 1/2	5% „ 78 1/2
4 1/2% „ 143 1/2	5% „ 86 1/2
4% „ 143 1/2	5% „ 86 1/2
4% „ 176 1/2	5% „ 47 1/2
3 1/2% „ 79 1/2	5% „ 79 1/2
5% „ 393 1/2	5% „ 58 1/2
5% „ 199 1/2	5% „ 38 1/2
5% „ 221 1/2	5% „ 102 1/2
5% „ 246 1/2	5% „ 95 1/2
5% „ 268 1/2	5% „ 87 1/2
5% „ 160 1/2	5% „ 72 1/2
5% „ 262 1/2	5% „ 76 1/2
5% „ 211 1/2	5% „ 76 1/2
5% „ 185 1/2	5% „ 76 1/2

Anlehensloose und Prämienanleihen.	
Bayr. 4% „ 113 1/2	Deft. 4% „ 86 1/2
Badische 4% „ 111 1/2	5% „ 86 1/2
3 1/2% „ 70	100-fl.-Loose von 1864 138 1/2
Braunschw. 20-Jähr.-Loose 19 1/2	Schwedische 10-Jähr.-Loose 12 1/2
Großh. Hessische 50-fl.-Loose 182 1/2	Rundländer 10-Jähr.-Loose 8 1/2
25-fl.-Loose 49 1/2	Weininger fl. 7. 6 1/2
Knobloch-Günzhausen-Loose 12	—

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterdam 100 fl. 3 1/2% t. S. 99	Preuß. Friedrichsd'or fl. 9.58—59
Berlin 60 Tlhr. 4 1/2% „ 106	„ 9.40—42
Bremen 50 Tlhr. 3 1/2% „ 96	„ 9.53—55
Hamburg 100 M. 4% „ 87 1/2	„ 9.34—36
London 10 Pf. St. 5 1/2% „ 117 1/2	„ 9.13—19
Paris 200 Frs. 5 1/2% „ 91	„ 11.45—47
Wien 100 fl. 5 1/2% „ 99 1/2	„ 9.42—44
Dollars in Gold 2.2 1/2% „ 25 1/2	—
Disconto 4 1/2%	Dollarcoupon —
Stimmung: fest.	

Berliner Börse. 13. Nov. Kredit 173 1/2, Staatsbahn 226, Lombarden 114 1/2, 82er Amerikaner 97 1/2, Italiener 60 1/2, Rumänier 45 1/2, Tlhrn 46 1/2, 60er Loose 86.

Wiener Börse. 13. Nov. Kredit 303 1/2, Staatsbahn —, Lombarden 199 1/2, 60er Silberrente —, Napoleonsd'or 9.33 1/2, Anglo-bankaktien 260 1/2.

Paris, 11. Nov. Anleihe 94.40, 3proz. Rente 57, Staatsbahn 875, Lombarden 440, Italiener 63.95.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 14. Nov. 4. Quartal. 125. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal wiederholt: **Struensee**, Trauerspiel in 5 Akten, von Michael Ber. Musik von Meyerbeer. Anfang 6 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch 15. Nov. Der Waffenschmied, komische Oper in 3 Akten, von Vorjüng. Anfang 7 1/2 Uhr.

Todesanzeige.
D.747. Pforzheim. Freunden und Bekannten gebe ich die traurige Nachricht, daß mein lieber Gatte Ludwig Bittrolf, Zollverwalter dahier, nach mehrwöchentlichem schwerem Leiden heute in ein besseres Jenseits abberufen worden ist.
Ich bitte um stille Theilnahme.
Pforzheim, den 11. November 1871.
Die tiefbetrübte Wittwe mit 4 unmündigen Kindern.

D.765. Emmendingen. Verwandten und Freunden die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe Gattin und Mutter, Magdalena, geborne Huber, in Folge einer Lungenlähmung heute sanft verschieden ist.
Emmendingen, den 11. November 1871.
Christian Dörner, Obereinnehmer.
Emil Dörner, Rechtspraktikant.
Christian Dörner.

D.730. In J. D. Sauerländer's Verlag in Frankfurt a. M. ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Karlsruhe** in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung:**
Die Spinnstube.
Volksbuch für das Jahr 1872.

Begründet von **W. D. von Horn.**
In Verbindung mit namhaften Volkschriftstellern fortgeführt von **H. Dertel.**
Siebenundzwanzigster Jahrgang.
Mit **Stahlstich** und vielen **Holzstichen.**
8^o. neb. à 12 1/2 Sgr. 45 fr.
Inhalt: Gott zum Grube, von H. Dertel. — Linde Hand. Eine Geschichte aus dem Walde, von A. Fries. — Die Hand des Herrn, von W. D. von Horn. — Alte Liebe rostet nicht, von Josias Nordheim. — Ummerschaltter Streich, von Denselben. — Das Testament, oder wie einmal ein Kluger einen Klügern gefunden hat, von F. Kück. — Nicht gerade höflich, oder doch verständlich. — Die Strassburg wälisch und wieder deutsch ward, von E. Frommel. — Räthsel. — Anecdoten. — Alles Gold.
D.739. 1. Karlsruhe.

Kunstverein.
Donnerstag den 16. d. M., Nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Vereinslokal eine **Generalversammlung** statt, wozu die verehrlichen Mitglieder anmit eingeladen werden.
Der Vorstand.
D.742. 1. Karlsruhe.

Geschäftsöffnung.
Hiermit beehrt sich Unterzeichneter ergebenst anzuzeigen, daß er unterm Heutigen ein **photographisches Atelier** eröffnet, für dessen zahlreichen Besuch er sich bestens empfehlen kann, da durch die comfortable Einrichtung des Geschäfts es möglich ist, den weitgehendsten Anforderungen der Neuheit in diesem Fache vollkommen entsprechen zu können.
Karlsruhe, den 10. November 1871.
Adalbert Uetz,
photographisches Institut,
Amalienstraße Nr. 28.

Bekanntmachung.
D.735. 1. Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniss, daß wir den Herrn **Franz Baumann** zu unserem General-Agenten für das Großherzogthum Baden ernannt haben.
Darmstadt, den 1. Oktober 1871.
Die Direktion
der Renten- und Lebensversicherungs-Anstalt.
geg. **Vollhard.**
Begnnehmend auf Obiges werden unter günstigen Bedingungen Agenten in allen Theilen des Großherzogthums gesucht und beliebe man Offerten zu richten an die General-Agentur
Franz Baumann,
Mannheim B. 4. N. 11.

Gausverkauf.
D.740. Karlsruhe.
Im Auftrage des Herrn von Billiez, Generalmajor a. D., habe ich dessen beide Häuser Nr. 221 und 223 in der Langenstraße und Nr. 24 der Hirschstraße dahier gelegen sowohl einzeln als insgesammt zu verkaufen.
Beschreibung der Häuser:
Nr. 221 das Eckhaus enthält 3960 \square Fuß, im unteren Stock 3 geräumige Zimmer, eine große Küche und Kammer, Hofthor und Hofraum, im oberen Stock 8 geräumige Zimmer, und im Dachstock 5 Kammern.
Nr. 223 enthält 4200 \square Fuß, hat Seiten- und Hinterbau, im unteren Stock 4 Zimmer, Alkof, Küche und Waschküche; im oberen Stock 6 Zimmer, Alkof und Küche; im Dachstock 3 Kammern; im Hintergebäude Stallung für 4 Pferde und Rutscherzimmer, darüber eine Wohnung von 3 Zimmern, Alkof und Küche.
Beide Häuser sind massiv von Stein gebaut, haben große gewölbte Keller und kann noch ein dritter, ja vierter Stock darauf gebaut werden.
Beide Häuser sind wegen ihrer angenehmen und günstigen Lage sowohl Herrschaften als Gewerbetreibenden zu empfehlen.
Näheres bei dem Unterzeichneten.
Karlsruhe, den 11. November 1871.
Seren Schmidt, Waisenrichter,
Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 1.

Compagnon-Gesuch.
D.745. 1. Zu einem sehr rentablen Unternehmen wird ein Theilhaber mit einer Einlage von 10,000 bis 12,000 Gulden gesucht. Näheres auf gef. Anfragen sub Chiffre W. Nr. 130 an die Expedition dieses Bl.

D.736. 1. **Stuttgart.**
Die
Chocolade- & Liqueurs-Fabrik
von
Gebrüder Waldbaur, Königl. Hoflieferanten,
empfehlen ihre anerkannt vorzüglichen Fabrikate.

Einladung zum Abonnement auf die vom 15. November 1871 ab in Berlin erscheinende

„Neue Börsenzeitung“
„Dem werdenden Capital ein Führer und Berater.
Dem bedrohten ein Wächter und Retter!“

Die Neue Börsenzeitung
wird nicht für den Banquier, nicht für den Spekulanten oder gar für den „Gründer“ geschrieben. Sie will vor **Allem dem Kapitalisten dienen.** Ihm soll sie ein Wegweiser sein für die Kapital-Anlage.
Der **größere Kapitalist** soll auf gewinnbringende Operationen, auf bevorstehende Courssteigerungen und auf die Gefahren, die ihm bei längerem Zuarbeiten drohen, aufmerksam gemacht werden.
Dem **kleineren Kapitalisten**, der seine Ersparnisse fruchtbringend dem Effecten-Markt anzuvertrauen gedenkt, sollen deutliche Rathschläge gegeben werden, wie er seine Anlagen **ohne Gefährdung der Sicherheit vorthelhaft** zu bewirken im Stande ist.
Das soll ihre nächste Aufgabe sein. Eine beinahe zwanzigjährige Beobachtung des Geschäftslebens und Betriebes der Börse wird diese Aufgabe erleichtern. Die Kräfte, die sich in der Redaktion vereinigen — an ihrer Spitze Dr. Treuberg, bei der Begründung der alten Berliner Börsenzeitung an deren Leitung theilhaftig, seit 15 Jahren Redakteur der **Paul- und Handelszeitung** — versprechen die tüchtigste, sachgemäßeste und parteilosste Führung.

Reklame, Besetzung, Willfährigkeit für selbstständige Wünsche, feile Mithilfe zur Unterbringung werthloser Papiere sollen dieser Zeitung niemals zum Vorwurf gemacht werden können.
Die „**Neue Börsenzeitung**“ wird sich nicht darauf beschränken, den Stoff zusammen zu tragen, der sich in anderen Blättern findet. Sie wird stets im Voraus auf neu entstehende Unternehmungen hinweisen und die Ursprungsverhältnisse aus sachlichen und persönlichen Motiven beleuchten. Sie wird der Entwicklung der bestehenden wachsam folgen. — Unsere Abonnenten sollen rasch von den Vorgängen unterrichtet werden, die ihre Sicherheit mehr oder mindern, die Rentabilität fördern oder schmälern, die Theilnahme rathsam oder unrathlich machen.
Die „**Neue Börsenzeitung**“ geht mit der Zuversicht an ihre Arbeit, daß sie die **Absicht und die Mittel besitzt, das Vertrauen, das ihre Abonnenten ihr entgegenbringen, zu verdienen.**
In einer besonderen Rubrik wird sie auf spezielle Anfragen ihren Lesern als **Rathgeber** zur Seite stehen. Wer zu wissen wünscht, was er kaufen soll, um wahrscheinlichen Gewinn zu erlangen, — was er verkaufen muß, um drohendem Verlust zu entgehen, möge sich an uns wenden. Ohne Rückhalt und ohne Kosten wird ihm die zuverlässigste Auskunft erteilt.
Die „**Neue Börsenzeitung**“ wird außer Allen, was andere Fachblätter dieser Art enthalten, z. B. sämtliche Telegramme (auch aus Privatquellen), Verloosungen, Eisenbahn-Einnahmen, Status der Banken, Nachweisung der Dividenden- und Zinsauszahlungen, Concurslisten, auch noch Rathschläge über Kapitalanlagen, Fingerzeige bei Theilnahmen, Nachweisung **vertrauenswerther Firmen in Berlin und den Provinzen** bringen.
Die „**Neue Börsenzeitung**“ ist die **billigste** aller bisher erscheinenden **Börsenzeitungen**, sie erscheint jeden Wochentag Nachmittags und ist für den Zeitraum vom 15. November bis 31. Dezember für den Preis von **20 Sgr.** und vom 1. Januar t. J. für den Preis von **1 Thlr. 10 Sgr.** vierteljährlich durch alle **Postanstalten** des In- und Auslandes und sämtliche Zeitungspediteure zu beziehen.

Expedition der „Neuen Börsenzeitung“ in Berlin,
D.746. Krausenstraße 41.
Höhere Handelsschule
zu **Stuttgart.**
Samstag den 11. November, Vormittags 9 Uhr, findet die **Aufnahmeprüfung** der angemeldeten Schüler im Lokale der Anstalt (Königsstraße Nr. 18) statt; der **Unterricht beginnt Montag den 13. November,** Vormittags 8 Uhr.
D.744. 1. (Et. 4225) **Röhrich, Direktor.**

Lehrerin gesucht.
eine geprüfte, für die I. und II. Klasse einer Stadtschule. Eintritt sofort. Gehalt ca. 400 fl. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. D.756. 1.

Stellegesuch.
D.755. Ein im Eisenbahn- und Telegraphendienst gewandter Gehilfe sucht unter günstigen Bedingungen sofort eine Stelle. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

L. Fr. Schuster,
Musikalienhandlung und Musikalienleihanstalt
Carlsruhe. D.454. 10.

D.743. Zwei leichte Wagenpferde, ungarisches Vollblut, sind billig zu verkaufen, auch können Geschirre und ein leichter Wagen dazu gegeben werden.
Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

D.728. 2. Karlsruhe.
Lehrlings-Gesuch.
Ein junger Mann aus anständiger Familie und den nöthigen Schulkenntnissen kann bei Unterzeichneter in die Lehre treten.
Karlsruhe, im November 1871.
C. Creuzbauer'sche Buchhandlung.

Strafrechtspflege.
Kadungen und Forderungen.
E.138. Karlsruhe. Am 8. d. M. wurden im Hotel Große dahier einem Fremden mittelst Ausbrechens seines Handtellers folgende Gegenstände entwendet:

I. Ein Geldsäckchen mit der Adresse: „August Hulverscheidt“, in welchem sich 28 1/2 Sovereigns und etwa 20 Silbertaler befanden; II. ein Rasirmesser in schwarzem ledernem Futteral; III. ein gewöhnliches Pflaster, mit den Buchstaben „A. S.“ gezeichnet; IV. ein Paket Gi-

garten von auffallend heller Farbe; V. verschiedene Geschäftsbücher und Briefe, letztere mit der Adresse: „August Hulverscheidt“.
Dieses Diebstahls dringend verdächtig sind zwei Fremde, welche sich zur Zeit der That in dem Gasthof aufhielten und unmittelbar nachher unter verdächtigen Umständen entfernten. Ueber die Persönlichkeit derselben ist Folgendes ermittelt: der eine ist ein großer magerer Mann im Alter von 20 bis 22 Jahren, hat dunkelblonde Haare, trägt einen schwachen Schnurrbart von gleicher Farbe, war bekleidet mit einem braunen Ueberzieher und grauem Filzhut und trug den Namen: „Josef K a u f m a n n von Würzburg“ in das Fremdenbuch ein. Der andere, im gleichen Alter stehend, ist von mittlerer Größe, kräftiger Statur, hat eine lebhaft gesunde Gesichtsfarbe, blonde Haare, einen schwachen blonden Schnurrbart, trug eine graue Nehmigte mit dunklen Lederboden, einen braunen Ueberzieher, helle Hosen, welche in ein Paar bis an die Knie reichende Rohrstiefel gesteckt waren, und um den Hals ein weißes Foulard. Der letztere trug den Namen: „Müller von Elberfeld“ in das Fremdenbuch ein, gab sich für einen Geschäftsreisenden aus und sprach gebrochen deutsch.

Das Auftreten der beiden Verdächtigen und die Art, wie die That verübt wurde, sprechen dafür, daß dieselben zu jener Klasse von Dieben gehören, welche die Gelegenheit zu Diebstählen in Wirtschaften aufsuchen. Dieselben besaßen sich im Besitze von Reiseeffekten, die möglicherweise ebenfalls entwendet sind, worunter insbesondere ein schwarzer, mit „A. S.“ gezeichneter Lederteller, an dessen Boden sich 2 Holzleihen befinden.
Wir bitten um Fahndung auf die entwendeten Gegenstände und die beiden Verdächtigen, und Theilnahme derselben im Betretungsfalle.
Karlsruhe, den 9. November 1871.
Großh. bad. Amtsgericht.
W e i z e l.

E.155. Nr. 4362. Heidelberg. In Anklage sachen gegen Eduard Zeislust von Rheindörm und Friedrich Bänglein von Mosbach wegen Handgeldabbeziehung wird Tagfahrt zur Hauptverhandlung auf
Donnerstag, den 30. November d. J.,
Vormittags 8 1/2 Uhr,
anberaumt, wozu der rüchliche Angeklagte Eduard Zeislust mit der Aufforderung vorgeladen wird, sich 14 Tage vor der Tagfahrt bei dem Großh. Amtsgericht Heidelberg zu stellen. — Beim Ausbleiben des Angeklagten wird das Erkenntniß nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung gefällt werden.
Heidelberg, den 4. November 1871.
Großh. bad. Kreisgericht, Strafkammer-Abtheilung
des Großh. Kreis- und Obergerichts Mannheim.
R e i n h a r d. K e i n p e l l.

Bekanntmachung.
D.691. 1. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Privatbeschäler betr.
Die auf den 18. November l. J. im **Reithause des Landesgestüts zu Karlsruhe festgesetzte Versteigerung von Privatbeschälern** wird hiermit auf **Montag den 4. Dezbr. l. J.,** Morgens 10 Uhr, verlegt.
Karlsruhe, den 7. Novbr. 1871.
Großh. Handels-Ministerium.
Für den Präf.:
M u t h. S c h e n k h.

D.760. Acheru.
Bekanntmachung.
Zur Aufstellung des Lagerbuches von der Gemarlung **Waldalm** ist Tagfahrt auf
Donnerstag den 16. d. M.
in dortiges Rathszimmer anberaumt.
Die Grundeigentümer dieser Gemarlung werden hieron in Kenntniss gesetzt und aufgefordert, die Rechtsbeschaffenheiten ihrer Grundstücke unter Angabe der darauf bezüglichen Urkunden dem Unterzeichneten in der angegebenen Zeit vorzutragen.
Acheru, den 11. November 1871.
W o l f f, Bezirksgeometer.

D.741. Nr. 754. Philippsburg.
Forsensamenzapfen-Versteigerung.
Aus dem Domainenwalde Poljan wird
Donnerstag den 16. November d. J.,
Morgens 10 Uhr,
auf dem Geschäftszimmer der Bezirksforstrei Philippsburg der diesjährige Ertrag an Forsensamen versteigert.
Philippsburg, den 10. November 1871.
Großh. bad. Bezirksforstf. B a f i a n.